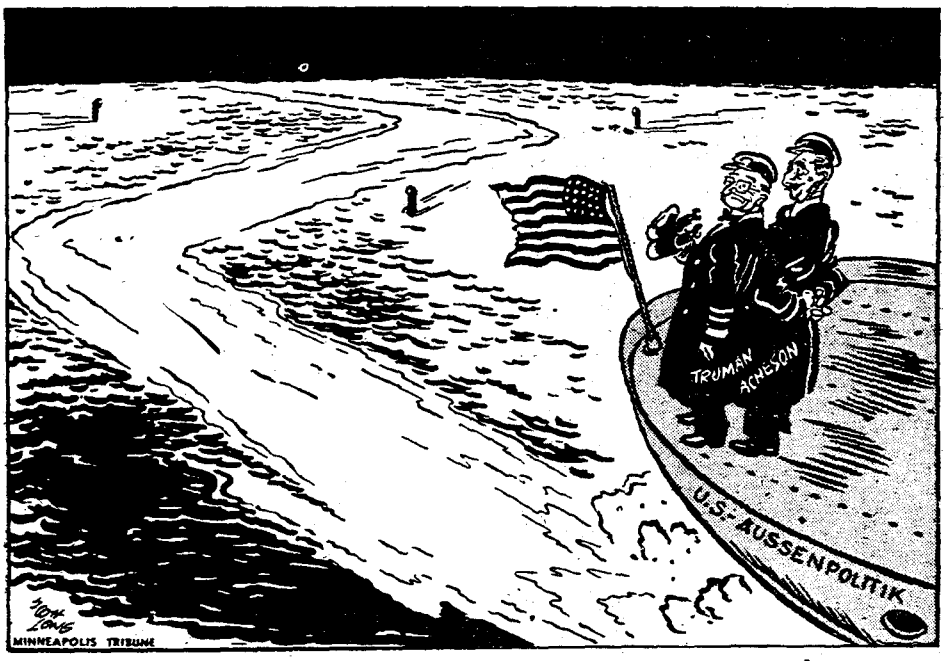


USA-Außenpolitik: „Was machen wir jetzt? Zick oder Zack?"

ratungsposten im Weißen Haus kann von höchster Bedeutung sein. Außenpolitische Berater beim US-Präsidenten haben stets die amerikanische Weltpolitik entscheidend beeinflußt. Präsident Woodrow Wilson hätte Deutschland kaum den Krieg erklärt, wenn nicht sein Vertrauter, der Oberst House aus Texas, in Gesprächen mit Wilhelm II. den Eindruck gewonnen hätte, daß der Kaiser die Weltherrschaft wolle. Harry Hopkins konzipierte und förderte Roosevelts russenfreundliche Allianzpolitik.

Harriman ist zwar keine so starke Persönlichkeit wie der gerissene House und der gelegentlich geradezu hintergründige Hopkins. Er ist mehr ein guter Ausführer und Koordinator als ein Schöpfer.

Dafür, daß das amerikanische Staatsschiff außenpolitisch nicht mehr seinen so oft beklagten Zickzack-Kurs steuert, sondern zielbewußt und gerade durch die weltpolitischen Krisengewässer fährt, soll Harriman nun sorgen. Als eine Art „Ueber-Außenminister". Und möglicherweise eines Tages auch als Nachfolger Dean Achesons.

SCHWEIZ

Konsulate nicht aktuell

Die Schweiz kennt nur Deutsche. Sie will die Spaltung in West- und Oststaatler nicht mitmachen. Sie will darum auch keine westdeutschen Konsulate.

Das Berner Bundeshaus ist noch gar nicht danach gefragt worden. Nur „United Press" wollte voreilig von einer Sondierung Adenauers bei der Schweizer Regierung wissen. Der Bundeskanzler hat nicht sondiert. Trotzdem diskutiert die Schweizer Presse schon vorsorglich das deutsche Konsulatsproblem.

Bundesrat Petitpierre, Chef der eidgenössischen Außenpolitik, hält die Frage für „gar nicht aktuell". Ihm ist Deutschland immer noch ein Ganzes: „Eine andere Ansicht würde zu unmöglichen Zuständen führen." Er war früher Völkerrechtsprofessor an der kleinen Universität in Neuenburg.

Petitpierre denkt an die Deutschen, die in der Schweiz leben. Sie sind nicht gespalten. Ihre Pässe lauten nur auf „deutsche Staatsbürger" So soll es bleiben.

Dann die Schweizer Neutralität. Schon „United Press" wies in der fragwürdigen Meldung auf sie hin. Gegebenenfalls müßten die Schweizer gleichzeitig west- und ostdeutsche Konsulate anerkennen. Der Gedanke ist ihnen absurd.

„Alliierte Regierungen, die westdeutsche Konsulate anerkennen, haben solche Zwiespältigkeiten nicht zu befürchten, da bei ihnen kaum ostdeutsche Vertretungen in Frage kommen", schreibt der halboffiziöse „Bund". Ostdeutsche Konsulate in London und New York sind undenkbar.

Dabei ist der Konsulatsvorstoß durchaus begründet. Die Oberzolldirektion weiß, warum. Im Mai betrugen die Einfuhren aus Deutschland 37,3 Millionen Franken. Nach den USA ist Deutschland der zweitwichtigste Lieferant für die Schweiz. Nach Deutschland wurden in der gleichen Zeit für 21,9 Millionen Franken Waren exportiert. Nur Italien, Amerika und Frankreich kauften der Schweiz mehr ab.

Der für beide Teile gesunde Wirtschaftsverkehr könnte eine amtliche Vertretung gut gebrauchen. Die Lösung heißt zur Zeit: westdeutsche Handelsvertretung in Zürich. Adenauer hat die Hohen Kommissare darum ersucht. Bern läßt bereits sein Einverständnis erkennen.

Damit kämen Westdeutschlands amtliche Wirtschaftsvertreter auf den gleichen Status, wie ihn die russischen Handelsvertreter bereits seit zwei Jahren genießen. Sie sind nicht bei der Berner Regierung akkreditiert, sie haben so wenig diplomatischen Charakter wie eine Gesellschaft von Geschäftsreisenden aus Hinterindien. Aber sie funktionieren.

Die Verlegenheit, nun etwa ein Schweizer Konsulat in Bonn errichten zu müssen, besteht für Bern glücklicherweise noch nicht. Minister Huber, der als Schweizer Geschäftsträger erst in Frankfurt war und nun in Bonn amtiert (Wohnsitz: Köln), hat mit der Regierung Adenauer nichts zu tun. Er ist bei der Hohen Kommission akkreditiert.

Für Wilhelm Piecks Deutsche Demokratische Republik braucht Bern nicht einmal ein Huber-Gegenstück. In Ostberlin sitzt nur eine Schweizer Interessenstelle. Sie hat sich der 5000 noch in Ostdeutschland wohnenden Schweizer anzunehmen.

Wenn sie Handelsfragen zu bearbeiten hätte, wäre sie längst arbeitslos. Es gibt kaum noch einen Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweiz und Ostdeutschland.

AUSLAND

TSCHECHEN

Mit christlicher Moral

Volkspolizei und tschechoslowakisches Sicherheitskorps standen vom sächsischen Bahnhof Pirna bis zum Prager Wilson-Bahnhof vorsorglich Spalier, als Walter Ulbricht und seine Genossen nach Prag fuhren, die Vertreibung der Sudetendeutschen als „vertragsgemäß, gerecht und unabänderlich" zu besiegeln. Denn im Grenzland der sächsisch-böhmischen Waldungen und des Elbsandsteingebirges haben sich ostdeutscher und national-tschechischer Widerstand untergründig zusammengefunden. Zuweilen wird scharf geschossen.

So schloß denn Walter Ulbricht außer dem für die Oeffentlichkeit gedachten Kultura-Vertrag im Czerninpalais noch ein Geheimabkommen im Bebka-Gebäude, das gemeinsames Vorgehen der ostdeutschen und tschechischen Regierung gegen die „Staatsfeinde" vorsieht. Ein gemeinsamer Operationsstab mit Sitz im böhmischen Verkehrsknoten Kolin soll gebildet werden.

Lange Zeit hat es gedauert, ehe ein Nachkriegsgespräch zwischen Deutschen und Nationaltschechen auch westlich des Eisernen Vorhangs in Gang kam. Und auch heute noch stehen die Sudetendeutschen selbst dem Tschechen-General Lev Prchala, der schon 1945 gegen ihre Austreibung protestierte, reserviert gegenüber: „Den Prchala-Tschechen geht es um die Basis, die ihnen die paar tausend Exiltschechen nicht geben, die Millionen Vertriebenen aber leicht schaffen könnten."

Ziemlich genau fünf Jahre, bevor Walter Ulbricht in Prag war, hatte Lev Prchala schon so deutlich gegen die Deutschenjagden in seiner Heimat protestiert, wie es damals, im Juni 1945, noch kaum jemand tat: „Wir protestieren feierlichst vor der gesamten zivilisierten Welt gegen alle an den Deutschen begangenen Verbrechen, wie gegen die Massenaustreibung aus den böhmischen Ländern überhaupt, da eine Kollektivbestrafung sich nicht mit christlicher

Unter größten Scheußlichkeiten Vertriebener **Jaksch**, Vertreiber **Zenkl**

Moral verträgt." In einigen tausend UNNRA-Büchsen, die in die Tschechoslowakei geschmuggelt wurden, fanden erstaunte Tschechen Prchalas Botschaft.

Das war um die Zeit, als Dr. Edvard Benesch mit seinen Anhängern die Sudetendeutschen unter größten Scheußlichkeiten vertrieb. (Heute sitzen diese Anhänger, von den Kommunisten ihrerseits vertrieben, in IRO-Lagern in Deutschland).

General Lev Prchala ist nicht erst unter dem Zwang der Nachkriegsverhältnisse zum Deutschenfreund geworden. Schon als Befehlshaber des slowakischen Militärbezirks Kaschau unter Thomas Masaryk, heißt es heute bei seinen Leuten, habe er große Sympathien bei allen Soldaten seines Bereichs gehabt. Das waren die Deutschböhmen, die damals zur zweijährigen Wehrdienstzeit hauptsächlich in die Slowakei geschickt wurden.

Staatsgründer Thomas Masaryk hatte Lev Prchala zum Armeegeneral gemacht. Ursprünglich wollte der Bergarbeitersohn aus Schlesisch-Ostrau nach seinem Wiener Jurastudium zum k. u. k. Militärjustizdienst gehen. Aber dann landete er beim sMG (Jahrgang 92). Mit Mann und Roß und Wagen ging die Abteilung Prchala über ein Kriegsgefangenenlager des Zaren zur tschechoslowakischen Rußlandlegion. Als die Legion 1918/19 um ihr Beutegut kämpfte*), machte Prchala als Oberst mit. Es wurde ihm von den Interventions-Briten mit dem großen Halsorden „Distinguished Service Order" gelohnt.

In den Monaten der Tschechenkrise 1938 hätte Lev Prchala zu gerne gegen Hitler gekämpft. Aber Benesch, von den Westmächten in München im Stich gelassen, wollte nicht. Erst als Hitler das Protektorat schon errichtet und die Slowakei sich unter Tiso selbständig gemacht hatte, bekam Lev Prchala seinen Krieg. Er war Mitglied der karpato-ukrainischen Landesregierung, als die Ungarn sich diesen vergessenen Zipfel der tschechoslowakischen Erbmasse mit Gewalt einverleibten. Prchala floh via Polen, Rußland, Balkan, Vorderer Orient und Frankreich nach London. 1940 kam er dort an.

Aber da saß schon Edvard Benesch, 1938 aus Prag geflohen, mit einem Emigrantenkomitee. Während der Luftschlacht um England mußten sich Londons Zivilrichter mit der Verleumdungsklage des Lev Prchala gegen den Edvard Benesch befassen. Der Kläger bekam Recht. Am Tage, da Stalinfreund Benesch (er starb 1948) seine im Troß der 2. Ukrainischen Armee in die Tschechoslowakei eingefahrene Regierung ernannte, gründete Lev Prchala in London den „Tschechischen Nationalausschuß" (Cesky Narodni Vybor = CNV).

„Nicht als Partei oder Bewegung gedacht", vereinigt er als Dachorganisation eine Jugendgruppe und vier parteiähnliche Gebilde. „Diese Gebilde haben nur provisorischen Charakter, da der CNV zu realistisch ist, um die Parteispielereien der Emigranten bis in die letzten, komisch wirkenden Konsequenzen mitzumachen." Dafür wird „Reparaturarbeit an dem geleistet, was Benesch faktisch und moralisch zerschlagen hat."

*) Nach der Oktoberrevolution 1917 begannen die in Rußland stehenden tschechoslowakischen Legionen (die noch unter Kerenski am Kampf gegen die Mittelmächte teilgenommen hatten) ihren als „Anabasis" bezeichneten Marsch quer durch Sibirien nach Wladiwostok. Die Rote Armee machte ihnen dabei das Beutegut streitig, das in Lastzügen auf der transsibirischen Bahn mitgeführt und ständig vermehrt wurde. Kurz vor Wladiwostok hätten die Legionen ihr Beutegut verloren, wenn sie es nicht gegen den bislang von ihnen beschützten weißrussischen Admiral Koltschak eingetauscht hätten. Per Schiff wurde das Beutegut heimbefördert und damit die „Bank der tschechoslowakischen Legionen (Legiobanka)" gegründet, für die in Prag ein prächtiges Gebäude errichtet worden ist.

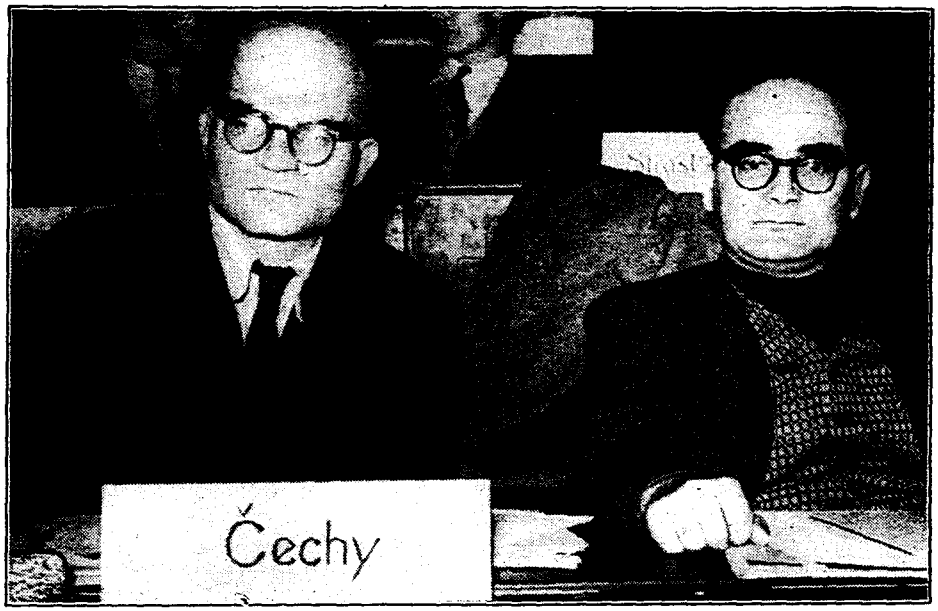
Reparaturarbeit an dem...
Lev Prchala

...was **Benesch** zerschlagen hat
Auf dem Totenbett

In Süddeutschland hat Lev Prchala seine Verbindungsleute sitzen. „Das Vorfeld, auf dem wir uns politisch bewegen müssen, ist Deutschland. Hier sitzen die mit den Prchala-Leuten „durch Mentalität und Schicksal vereinten" Sudetendeutschen. Rudolf Brzobohaty und Dr. Rudolf Wierer, Erlangen, Luitpoldstraße 15, erhielten diplomatisch-politische Prchala-Missionen.

In der sogenannten Adventserklärung von Eichstätt (27. 11. 1949) wurde von den „Sprechern der Sudetendeutschen" eine erste Zusammenarbeitsbasis geschaffen: „Die Völker hinter dem Eisernen Vorhang sollen wissen, daß die Wiederherstellung ihrer eigenen Rechte und Freiheiten unlösbar mit der Anerkennung des Heimatrechts aller Vertriebenen verbunden ist. Wir wünschen nicht, daß der Vormarsch dieser Einsicht durch Kollektivbeschuldigungen gegen das tschechische und polnische Volk gehemmt wird." Wenzel Jaksch (Sozialdemokratie), Hans Schütz (Bund der Landwirte), Walter Zawadil (Christlichsoziale) und Walter Brand (ehemaliger Henlein-Abgeordneter) unterschrieben.

Die Antwort kam prompt. Schon am 1. Dezember forderten die Prchala-Tschechen, den in einem bayerischen DP-Lager sitzenden Tschechen Frantisek Kroupa, der des Mordes an Sudetendeutschen verdächtig ist, vor ein Gericht zu stellen. Seit 1948 sind 24 000 Tschechen emigriert. Lev Prchala hat keinen leichten Stand mit ihnen. Konsequent muß er sich „gegen die



Nur Tschechen, keine Tschechoslowaken: Verbindungsleute Wierer und Brzobohaty

Der deutsche Ausverkauf

in Spanien ist zu Ende, soweit er das ehemalige Reichseigentum betrifft. Eine spanische Elektrizitätsgesellschaft hat das Gebäude der ehemaligen Deutschen Botschaft an der eleganten Castellana in Madrid (Bild) für 12 Millionen Peseten gekauft. Sie wird es abreißen und an seiner Stelle ein Bürohaus errichten lassen. Der Kaufvertrag wurde von Beamten der Alliierten Oberkommission unterzeichnet. Optimisten hatten geglaubt, die Bonner würden einmal dort einziehen können. Die Madrider Stadtverwaltung hatte noch schnell ein Stück des Botschaftsgartens enteignet, um eine Straße durchziehen zu können. — Mit der Liquidierung des deutschen Privateigentums sind die Spanier noch lange nicht fertig. Aller Besitz von Deutschen, die nicht in Spanien wohnen, wird entschädigungslos enteignet. 20—30 Prozent der Kaufsumme behält Franco, Dreiviertel des Rests teilen sich die USA, England und Frankreich, ein Viertel 16 andere Länder. Alte Firmennamen (Osram, Telefunken, Siemens, Agfa, Schering, AEG) dürfen von den neuen spanischen Besitzern weiterverwendet werden. — In dem Enteignungsabkommen vom 10. Mai 1948 versicherten die Alliierten den Spaniern, „daß Deutschland oder irgendeine deutsche Regierung die dem Alliierten Kontrollrat für Deutschland in der Regierung von Deutschland nachfolgt, die Bestimmungen dieser Vereinbarung zu bestätigen hat".

heute im Exil lebenden Tschechen" wenden, „die in den Jahren 1945 bis 1948 dem Dr. Benesch geholfen haben, die CSR zu bolschewisieren."

Diese Tschechen stellen sich ohnehin lieber hinter den „Rat der Freien Tschechoslowakei", der im Juli 1949 von dem Prager Benesch-Oberbürgermeister Dr. Zenkl und dem Benesch-Hausjournalisten Dr. Ripka in Washington gegründet wurde. Zwischen Prchala- und Benesch-Tschechen kommt es zuweilen zu Zusammenstößen. Im Tschechenlager „Valka" („Krieg") auf Nürnbergs einstigem Reichsparteigelände gab es kürzlich bei einem Handgemenge zwei Tote und dreißig Verletzte.

Eine wichtige Rolle bei diesen Differenzen spielt Lev Prchalas völlige Absage an die Tschechoslowakei. Beim Föderalisten-Kongreß im April 1950 in Freiburg ließen seine Leute die zusammen mit allen übrigen Teilnehmerfahnen gehißte Tschechenfahne herunterholen. Dabei flatterte dort gar nicht die rote Fahne Gottwalds, sondern die weiß-rote mit dem blauen Dreieck der Masaryk-Benesch.

„Wir fordern die Einholung der tschechoslowakischen Fahne, weil wir von unserem Standpunkt als Föderalisten eine Neuordnung Osteuropas im Sinne von Herrn Benesch ablehnen", hieß es dazu. Lev Prchala geht es nur um Böhmen und Mähren allein, ohne Slowakei und Karpato-Ukraine. Die Prchala-Leute nennen sich auch nur noch Tschechen, nicht Tschechoslowaken. Zu deutsch heißt Tscheche Böhme.

GESTAPO

Heberlein ist abgereist

Am blauen Spanien-Himmel deutscher Gestapo-Pensionäre zogen Wölkchen auf. Sie beschatteten auch das idyllische Gartenheim des einstigen Gestapochefs Vey im Madrider Villenviertel Viso.

Ihn und die anderen deutschen Gestapostäbler — Mosig, Hammes, Singer und sonstige — hatten die Spanier im Frühjahr 1946 auf alliiertes Verlangen den Amerikanern an den Madrider Flugplatz geliefert. Die flogen mit ihnen zum historischen Hohenasperg.

Den Zwangsaufenthalt auf dem schwäbischen Festungshügel überstanden die Gestapo-Gäste gut. Schlank, doch guter Dinge kehrte zwei Jahre später einer nach dem anderen nach Spanien zurück.

Jetzt veröffentlicht einer der höchsten Beamten des spanischen Außenministeriums, José Maria Doussinague, während der zweiten Weltkriegszeit rechte Hand der sich ablösenden Minister, als Rechtfertigung der damaligen spanischen Politik ein aufschlußreiches Buch: „Espana tenia razon" — Spanien hatte recht.

Viele Worte widmet er dem für Spanien sensationellsten Menschenraub der Gestapo. Ueber den durfte die spanische Presse bis heute kein Wort schreiben.

Minister Erich Heberlein, Botschaftsrat bei der Deutschen Botschaft in Madrid, wurde während des Krieges mit seinem Chef v. Stohrer in die Wilhelm-Straße zurückversetzt. Anfang der Sechziger schon, war er für den resoluteren NS-Kurs des späteren Botschaftsgewaltigen v. Bibrach und des der Botschaft als Polit-Kommissar beigeordneten Landesgruppenleiters Thomsen untauglich.

Es gelang ihm, beim Berliner Auswärtigen Amt einen spanischen Krankheitsurlaub zu erwirken. Von diesem Urlaub kehrte er nicht mehr zurück. Drängen und Drohen nützte absolut nichts. Er blieb mit seiner Frau, der in der Madrider Gesellschaft beliebten Spanierin Margot Calleja, auf seinem Landgut „La Legua" in der Nähe von Toledo.

Nicht lange. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni 1944 erhielt er späten Besuch. Die Dienstboten schliefen bereits. Heberlein öffnete die Tür. Er prallte zurück. Zwei in Madrid stationierte Ehrenmänner der Gestapo hielten ihm ihre Revolver vor die Nase und drangen ins Haus ein.

Draußen standen zwei Autos mit weiterer Gestapo-Besatzung. „Raus mit den Schweinen, rin ins Auto!" lautete ihre Order. Im Nu hatten sie das Ehepaar in beiden Wagen verstaut.

Alles rollte ab, ganz wie in einem Gangsterfilm. Auf dem Flugplatz Barrajas wartete schon das Sonderflugzeug des deutschen Luft-Attachés General Krahmer. Donna Margot, immer die Pistolenläufe an den Rippen, wurde im Auto durch halb Spanien zur französischen Grenze transportiert. Ohne Schwierigkeiten passierte man an der internationalen Brücke in Irun die spanische Grenzschranke. Auf der anderen Seite begann damals noch das Dritte Reich.

Am nächsten Morgen suchten auf „La Legua" die Dienstboten vergeblich ihre Herrschaft. Die schien vom Erdboden verschwunden. Mittags kamen spanische Freunde, zum Essen eingeladen. Die Gastgeber blieben weiterhin verschwunden. Man schöpfte Verdacht. Das Zivil-Gouvernement von Toledo wurde benachrichtigt, dann die Madrider Sicherheits-Generaldirektion.

Die wandte sich an die Deutsche Botschaft. Dort wußte man Bescheid: „Das Ehepaar Heberlein ist abgereist, um in Deutschland den an der Front schwerverwundeten Sohn zu besuchen."

Im Madrider Außenministerium war man außer sich vor Empörung über den Fall Heberlein. Für Sir Samuel Hoare, Londons Botschafter in Madrid, war er eine wahre Götterspeise. Auch in seinen Erinnerungen — „Gesandter in besonderer Mission" — erinnert er an den Menschenraub. Der sei „mit Billigung der spanischen Polizei, ja sogar mit ihrer Hilfe" geschehen. „Außenminister Jordana, ein typischer Spanier, der einen Widerwillen gegen jede fremde Einmischung hatte, empfand die tiefe Schmach dieses Verbrechens, das auf spanischem Boden verübt worden war."

Jordanas Ministerium wollte die Verschleppten zurückhaben. Es ließ seinen Berliner Botschafter Vidal scharf auftrumpfen.

Vidals Worte wirkten nicht. Die Eheleute waren längst gut untergebracht — in zwei verschiedenen KZs. Nach dem Kriege konnte Madrid als Erfolg für sich buchen, daß die beiden Heberleins am Leben blieben: Amerikaner befreiten sie und ließen sie bald nach Spanien abreisen.

Nun rätselraten der gewesene Gestapochef Vey, der bei der Verschleppung eine Rolle spielte, und seine Getreuen, was es zu bedeuten hat, daß der Fall plötzlich aufgewärmt und der spanischen Oeffentlichkeit vorgesetzt wird.

Die a.D.-Gestapo-Größen befürchten, ein Prozeß wegen Menschenraubs könnte in USA einen guten Eindruck machen.